

Poonal Nr. 839

Deutsche Ausgabe des wöchentlichen Pressedienstes lateinamerikanischer Agenturen vom 30. März bis 5. April 2009

INHALT

ANDENLÄNDER - EUROPA

- Proteste gegen Freihandelsvertrag mit der EU

ARGENTINIEN

- ESMA-Prozesse werden konkret

BOLIVIEN

- Regierung geht gegen Tageszeitung La Prensa vor

BRASILIEN

- Demonstrationen gegen Krisenfolgen

HONDURAS

- Proteste gegen Abholzung

LATEINAMERIKA

- Wirtschaftskrise führt zu Rückgang der Remesas
- Scharfe Kritik am Weltwasserforum

PARAGUAY - BRASILIEN

- Billiges Fleisch und Biosprit? Soja nun nicht!

PERU

- Proteste gegen Hafenprivatisierung

URUGUAY

- Insektizid Fipronil zerstört Tausende von Bienenstöcken

ANDENLÄNDER - EUROPA

Proteste gegen Freihandelsvertrag mit der EU

(Fortaleza, 26. März 2009, adital).- Organisationen aus dem Andenraum haben am 26. März in der peruanischen Hauptstadt Lima Proteste gegen den Freihandelsvertrag zwischen Peru, Kolumbien, Ecuador und der Europäischen Union realisiert. Anlass dafür bot die zweite Verhandlungsrunde über den Freihandelsvertrag, die zwischen dem 23. und 28. März in der Universität von Lima stattfand.

Der angestrebte Freihandelsvertrag wird scharf angegriffen, seine GegnerInnen kritisieren, dass die Gesellschaften dem Markt untergeordnet würden und sagen voraus, dass die Rechte der Bevölkerung in Lateinamerika, der Mutter Erde (Pachamama) und des Andenraums verletzt würden. Auch werde sich die Klimakatastrophe mit dem Freihandelsvertrag verschärfen, denn mit ihm käme es zu einer verstärkten Plünderung der natürlichen Ressourcen durch Europa. Die KritikerInnen des Vertrags

fordern stattdessen eine Gesellschaft jenseits des Neoliberalismus und stattdessen ein "gutes Leben" ("Buen Vivir") sowie plurinationale Staaten.

Zu den umstrittenen Punkten der Verhandlungen über den Freihandelsvertrag gehört das Thema der intellektuellen Eigentumsrechte. Die Europäische Union will die Fristen für die Wirksamkeit von Patenten und den Schutz für wichtige Daten aus wissenschaftlichen Experimenten verlängern. Die vorgesehenen Regelungen zum Schutz intellektuellen Eigentums würden nicht nur die derzeitigen Regelungen, die in Peru dazu existieren, verschärfen, sondern auch strikter ausfallen als in der Europäischen Union selbst. Die drei Andenländer und die EU wollen nach eigenen Angaben die Verträge bis Juni 2009, nach vier Gesprächsrunden, fertig verhandelt haben.

--

ARGENTINIEN

ESMA-Prozesse werden konkret

(Venezuela, 21. März 2009, telesur-poonal).- Ehemalige Angehörige der argentinischen Marine, unter ihnen Jorge "Tigre" Acosta, Juan Carlos Rolón, Antonio Pernías, Antonio Azic und Alfredo Astiz, werden sich im Oktober für das Verschwindenlassen zweier französischer Nonnen und wegen anderer Menschenrechtsverbrechen während der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983) vor Gericht verantworten müssen.

Verhandelt werden u.a. sowohl die Entführung und das Verschwindenlassen der Nonnen Leonnie Duquet und Alice Domon, der Gründerin der Organisation Mütter vom Plaza de Mayo, Azucena Villaflor, als auch des Schriftstellers und Reporters Rodolfo Walsh.

Alle wurden 1977 von Mitgliedern paramilitärischer Gruppen entführt und in die Militärschule ESMA, dem größten geheimen Gefangenenlager und Folterzentrum während der Militärdiktatur, gebracht. Mehr als 5.000 Leute sollen zu Zeiten der Diktatur in der EMSA festgehalten und gefoltert worden sein.

Prozesse wie die gegen Menschenrechtsverbrechen, die in der ESMA begangen wurden, sind erst seit dem Jahr 2003 möglich. Damals erklärte der argentinische Nationalkongress die Amnestigesetze für null und nichtig, die 1987 erlassen wurden und Tausende von Folterern und Mördern der Diktatur unbehelligt ließen.

--

BOLIVIEN

Regierung geht gegen Tageszeitung La Prensa vor

(La Paz, 23. März 2009, bolpress-poonal).- Die bolivianische Regierung hat gegen die in La Paz erscheinende Tageszeitung La Prensa ein Presseverfahren wegen des Vorwurfs der Diffamierung und Verleumdung des bolivianischen Präsidenten Evo Morales eingeleitet. Morales hatte wiederholt erklärt, die private Presse in Bolivien verbreite Lügen. Er schlug vor, die Interamerikanische Menschenrechtskommission CIDH (Comisión Interamericana de Derechos Humanos) solle das politische Verhalten und die journalistische Arbeit der privaten Medienhäuser in Bolivien unparteiisch analysieren.

Jeder Bürger, der sich durch eine in der Presse veröffentlichte Information diffamiert oder verleumdet fühle, habe das Recht, in Anwendung des Pressegesetzes eine Klage gegen das Presseorgan einzureichen, welches die Information manipuliert bzw. entstellt habe, so Regierungssprecher Iván Canelas. In Ausübung dieses Rechts habe die Regierung vor einem Pressegericht Klage gegen die Tageszeitung La Prensa eingereicht, aufgrund eines am 10. Dezember 2008 veröffentlichten Artikels, in dem Evo Morales beschuldigt wurde, mit Schmugglern zu „verhandeln“ und ihnen „grünes Licht zu geben“, so Canelas. Man habe die Verantwortlichen der Zeitung mehrmals um eine Erklärung bezüglich des Artikels gebeten, diese hätten jedoch die Beschwerde ignoriert, bedauerte der Regierungssprecher.

Juan Javier Zeballos, Präsident des bolivianischen Presseverbandes ANP (Asociación Nacional de la Prensa), der von den Chefs der großen bolivianischen Printmedien geleitet wird, erwiderte, man habe nichts dagegen, wenn eine Kommission der CIDH komme, um vor Ort zu untersuchen, was die Regierung den JournalistInnen angetan habe und was diese der Regierung angetan hätten, dann könne man alles gegeneinander abwägen.

Zeballos unterstrich: „Er [der bolivianische Präsident, di. Red.] bezeichnet uns als korrupt und als Lügner. Er sagt, die Medien würden lügen und seien gegen ihn. Ich aber glaube nicht, dass die Journalisten schuld sind, wenn die Gesetze und die Verfassung nicht eingehalten werden. Es wird versucht, die journalistische Gemeinde ohne Beweise zu spalten, wir Journalisten werden uns aber von niemandem zensieren lassen.“

--

BRASILILIEN

Demonstrationen gegen Krisenfolgen

(Rio de Janeiro, 30. März 2009, púlsar).- In vielen Städten Brasiliens kam es am Montag, den 30. März, zu Protestaktionen gegen den Umgang mit den Folgen der Wirtschaftskrise. Das Motto der Demonstrationen lautete „Nationaler Aktionstag gegen Krise und Entlassungen“. Gewerkschaftsverbände, soziale Bewegungen, StudentInnenorganisationen, linke politische Parteien und andere hatten zu den Aktionen aufgerufen.

Die zentralen Themen war die Forderungen nach einer Arbeitsplatzgarantie und nach Einhaltung der sozialen und Arbeitsrechte. Außerdem plädierten die AktivistInnen für eine Senkung der in Brasilien überdurchschnittlich hohen Zinssätze, für größere Investitionen im sozialen Bereich und die Umsetzung der Agrarreform.

In São Paulo nahmen rund 10.000 Menschen an den Veranstaltungen teil. Der Zug füllte die wichtigste Verkehrsader der Stadt, die Avenida Paulista. In der Hauptstadt Brasilia kamen Tausende zu einer Demonstration zusammen, die mit einer Abschlusskundgebung von dem Gebäude der Zentralbank endete.

Bereits für den 4. April sind weitere Protestaktionen auf dem gesamten lateinamerikanischen Kontinent geplant. Der Aufruf zu diesem

internationalen Protesttag wurde auf dem Weltsozialforum Ende Januar in Belém beschlossen.

--

HONDURAS

Proteste gegen Abholzung

(Fortaleza, 06. März 2009, adital).- In Honduras verstärken sich Proteste gegen die Abholzungen der Wälder in der Region Intibucá. So fanden in den letzten Wochen unter dem Motto „Der Wald darf nicht verkauft, sondern muss geschützt und verteidigt werden“ Proteste mit Straßensperren, Demonstrationen und Versammlungen, u.a. auch in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa statt. Dort demonstrierten Hunderte Männer, Frauen und Kinder, die im Indigenenrat COPINH (Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas) organisiert sind, gegen die Haltung der Regierung zu den Abholzungen.

Die Mobilisierung der COPINH waren dabei z.T. erfolgreich. So erreichte man die Entlassung des Chefs der Schutzzone Esperanza, Samuel Andrade, der im Gebiet ansässige Holzfirmen offen unterstützt. Zudem wurden Vorhaben der Gemeindebezirke San Marcos de Sierra und Wise vorläufig ausgesetzt, da diese die nationalen Naturschutzbestimmungen verletzt hätten. Die Leiterin des Instituts für den Schutz der Wälder, Suyapa Otero, besuchte die von der Abholzung betroffenen Gebiete. Wie von der COPINH vermutet, versuchten RepräsentantInnen von Holzunternehmen anlässlich des Besuchs von Otero, die Aktionen der COPINH zum Schutz des Waldes und die Entlassung von Samuel Andrade zu verhindern, wie sich gezeigt hat, ergebnislos.

Die Mitglieder der Gemeinschaft Wise zeigten sich entschlossen, alle Möglichkeiten zum Schutz ihrer Wälder und der dortigen Wasserquellen wahrzunehmen, da sie ohne diese Ressourcen ihre Zukunft bedroht sehen.

--

LATEINAMERIKA

Wirtschaftskrise führt zu Rückgang der Remesas

(Lima, 20. März 2009, noticias aliadas).- Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise beeinträchtigen auch die Höhe der Remesas, wie die Geldüberweisungen im Ausland lebender LateinamerikanerInnen an ihre Familien genannt werden. Nach Zahlen der Interamerikanischen Entwicklungsbank BID stiegen die Überweisungen im Jahr 2008 demnach um 0,9 Prozent.

„Im letzten Jahr haben die lateinamerikanischen und karibischen Emigranten 69,2 Milliarden US-Dollar an ihre Heimatländer geschickt, das war fast ein Prozent mehr als im Jahr 2007“, teilte am 16. März der Multilaterale Investmentfonds der BID FOMIN mit. Vor zwei Jahren habe die Höhe der Remesas 68,6 Milliarden US-Dollar betragen.

Die Aussichten für dieses Jahr seien jedoch weitaus düsterer. Im Januar seien die Geldrückführungen in manchen Empfängerländern um bis zu 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. „Obwohl es zu früh ist um vorherzusehen wie stark sich die Remesas im Jahr 2009 reduzieren werden,

ist dies eine schlechte Nachricht für Millionen von Menschen in unserer Region, die von den Überweisungen abhängen, um ihre Grundbedürfnisse decken zu können", so der Präsident der BID, Luis Alberto Moreno.

Die Remesas begannen in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 zu sinken, als mit den USA, Spanien und Japan die Länder in die Rezession rutschten, aus denen ein Großteil der Überweisungen stammt. Trotz dieser Situation und der verschärften Migrationspolitik in den Ursprungsländern lägen dem FOMIN keine Beweise dafür vor, dass sich die MigrantInnen darauf vorbereiteten, in ihre Heimatländer zurückzukehren.

„Die Migranten haben bewiesen, dass sie sich schwierigen Umständen anpassen können“, meint Moreno. „Sie wechseln ihren Arbeitsplatz, arbeiten länger, kürzen ihre Ausgaben, ziehen in die Stadt und häufen Ersparnisse an, damit sie weiter Geld an ihre Familien schicken können. Die Rückkehr in die Heimat ist nur die letzte Option.“

--

LATEINAMERIKA

Scharfe Kritik am Weltwasserforum

(Lima, 25. März 2009, noticias aliadas).- Zehn lateinamerikanische Länder, die vom 16. bis 22. März in Istanbul am 5. Weltwasserforum teilgenommen haben, üben scharfe Kritik an der Stoßrichtung des Forums. Bolivien, Chile, Kuba, Ecuador, Guatemala, Honduras, Panama, Paraguay, Uruguay und Venezuela weigerten sich, die offizielle Abschlusserklärung des Forums zu unterzeichnen und haben eine Alternativerklärung formuliert, in der das Menschenrecht auf Wasser anerkannt wird.

Zuvor hatten die zehn Länder zusammen mit weiteren 15 Staaten erfolglos versucht, die TeilnehmerInnen des Weltwasserforums davon zu überzeugen, den Trinkwasserzugang einer jeden Person als Menschenrecht zu klassifizieren. Zahlreiche AktivistInnen kritisierten das Weltwasserforum scharf, es sei antidemokratisch, intransparent und sei auf die Privatisierung des Wassers weltweit ausgerichtet.

Das Recht auf Wasser als Menschenrecht zu klassifizieren würde bedeuten, dieses Recht mit anderen, von der UNO anerkannten Grundrechten gleich zu stellen. Damit wäre das Menschenrecht auf Wasser ein nicht verjährbares, unveräußerliches und bindendes Recht. So hätten die Staaten hätten die Pflicht, den Trinkwasserzugang für ihre gesamte Bevölkerung sicherzustellen.

"Dem Weltwasserforum fehlt es komplett an neuen Strategien, um der Wasserkrise auf der Welt zu begegnen. Es ist immer noch einer Ideologie verhaftet, die nicht mehr funktioniert und auf dramatische Art und Weise gescheitert ist", so Maude Barlow, Beraterin der UN-Generalversammlung für Wasser, in einem Interview mit dem New Yorker Radioprogramm "Democracy Now".

Laut der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und der Karibik CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) haben 46 der 580 Millionen BewohnerInnen Lateinamerikas keinen Trinkwasserzugang, 121 Millionen sind an kein Abwasserentsorgungsnetz angeschlossen.

Das Weltwasserforum endete am 22. März, dem internationalen Tag des Wassers. In der offiziellen Abschlusserklärung, die keinen bindenden Charakter hat und von über 100 Staaten unterzeichnet wurde, heißt es, dass "der Zugang zu Trinkwasser und der Anschluss an Abwasserentsorgung ein menschliches Grundbedürfnis" ist. Empfohlen werden eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung und Reduzierung der Verschmutzung von Flüssen, Seen und Wasserreservoirs.

In einer Pressekonferenz erklärte der bolivianische Umweltminister René Orellana, dass die offizielle Abschlusserklärung "die autochthonen Völker, die Rechte zur gemeinsamen Nutzung des Wassers, die lokalen oder kommunalen Versorgungssysteme ignoriert, aber vor allem davon zeugt, dass es keinen politischen Willen gab, den Text zu verändern".

Die 25 Staaten, die die Alternativerklärung unterzeichnet haben, riefen dazu auf, die zukünftigen Debatten zum Thema auf demokratische Art und Weise abzuhalten, mit mehr Partizipation und unter Einbindung sozialer Interessen.

--

PARAGUAY - BRASILIEN

Billiges Fleisch und Biosprit? Soja nun nicht!

Von Markus Plate

(Berlin, 01. April 2009, npl).- Hmmm ... Fleisch, wer's denn mag, ein Steak von Aldi, ein Schnitzel von Lidl, einen Döner an der Ecke, eine Wurst vom Grill. Und so günstig. Eigentlich wissen wir ja von einigen Schattenseiten dieses „viel Fleisch für wenig Geld“! Gammelfleisch, Massentierhaltung, Tierquälerei bei Haltung und Transport. Aber die Art, wie mensch in Europa oder in Nordamerika Fleisch verzehrt, hat noch ganz andere Auswirkungen. Wir wissen aus der Schule oder von Greenpeace: Für ein Kilo Rindfleisch muss etwa die zehnfache Menge pflanzlicher Nahrung in das Tier gepumpt werden. Und wo kommen diese Aber-Millionen Tonnen Tierfutter her? Zum Beispiel aus Lateinamerika. Zum Beispiel von der Sojapflanze.

„An Soja verdienen die brasilianischen Beschäftigten gerade mal 100 US-Dollar im Monat. Die Natur wird rücksichtslos ausgebeutet, sie verseuchen den Boden und die Umwelt mit Pestiziden, die Monokulturwirtschaft von Soja und Eukalyptus ändert sogar das Klima und führt zu Wassermangel. Das sind soziale Kosten, die nie in den Soja-Preis einfließen, weil Brasilien fast keine Exportsteuern erhebt. Gleichzeitig gibt es vier transnationale Soja-Unternehmen, die im Schnitt jedes Jahr 28 Prozent Umsatzrendite machen. Wer verdient also am brasilianischen Soja? Nicht wir, sondern eine Handvoll Großgrundbesitzer, Cargill, Monsanto und Co.“, schimpft Joao Stedele von der Landlosenbewegung MST in Brasilien.

Was für Brasilien gilt, gilt für das Nachbarland Paraguay erst recht. Fragen wir nach bei Reto Sonderegger und Diego Segovia vom sozialwissenschaftlichen Institut BaseIS in Paraguays Hauptstadt Asunción. Reto stammt aus der Ostschweiz, hat nach einem Geschichtsstudium eine Ausbildung als Biolandwirt absolviert und arbeitet nun seit ein paar Jahren mit paraguayischen Kleinbauernfamilien zusammen, die gegen das Vordringen von Soja kämpfen. "Vor 50 Jahren war noch die Hälfte der Region bewaldet und heute stehen nur noch hier und da

ein paar Fleckchen Wald. Der Boden ist somit dem Wind und dem Regen und der enormen Hitze schutzlos ausgeliefert und verliert schnell seine Fruchtbarkeit. Außerdem bedeutet die Abholzung einen riesigen Verlust an Biodiversität. Auch deswegen muss Jahr für Jahr mehr Agrochemie eingesetzt werden."

Sein Kollege Diego Segovia, ebenfalls vom sozialwissenschaftlichen Institut BaseIS fügt hinzu: „Wir haben es mit einer kompletten Zerstörung der natürlichen Ressourcen zu tun. Wälder werden großflächig abgeholzt, Wasser und Böden werden vergiftet. 95 Prozent des hier angebauten Soja ist gentechnisch manipuliert, es ist damit wiederum extrem abhängig von Agrochemie. Die Kleinbauern, die neben dem Soja wohnen, werden vertrieben durch die Zerstörung der Natur. Sie können das Wasser nicht mehr trinken, ihr Vieh stirbt, ihre Felder werden verseucht, weil der Wind die Giftstoffe herübertreibt. Sie werden krank und ihre Kinder sterben. Das zwingt die Bauern, ihre Felder aufzugeben und in die Städte zu migrieren.“

In Paraguay dreht sich fast alles um Soja: Das Land ist mittlerweile der viertgrößte Soja-Produzent der Welt, die Sojabohne ist mit fast 40 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion der zentrale Pfeiler der paraguayischen Wirtschaft. Annähernd drei Millionen Hektar, eine Fläche fast so groß wie Nordrhein-Westfalen, sind ausschließlich für die Soja-Monokulturen reserviert. Und wer verdient daran? Wie es schon eingangs Joao Stedele beschrieb, sind es ausschließlich wenige Großgrundbesitzer und die internationalen Handels- und Saatgutunternehmen. Und natürlich die Verbraucher in zum Beispiel Deutschland, die so günstiges Fleisch auf den Tisch bekommen. Der Staat oder gar die Bevölkerung Paraguays sehen davon gar nichts: „In Argentinien liegt der Steuersatz für den Export von Agrarprodukten derzeit bei 44 Prozent. Paraguay hat bis 1989, also bis zum Ende der Diktatur von Alfredo Strössner, immerhin noch 12 Prozent kassiert. Seit der Rückkehr zur Demokratie ist dieser Satz auf 5 Prozent gesunken und die letzte Regierung hat den Exportzoll ganz gestrichen. Diese Landwirtschaftspolitik ist kriminell, ein Anschlag auf die Kleinbauern und die Umwelt, sie hat das ganze Land in eine Krise gestürzt“, so der Kleinbauernsprecher Tomas Zayas, der im Osten Paraguay gegen das Soja kämpft. Soja ist der größte Wirtschaftsfaktor Paraguays und dennoch ist kein Geld da für Schulen, Krankenhäuser, vernünftige Straßen oder für die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Mehr noch: Nicht nur die ökologischen Folgen des Soja-Booms sind gewaltig: Kleinbauernfamilien werden vertrieben, ihre SprecherInnen kriminalisiert oder ermordet. Die Armut und Perspektivlosigkeit auf dem Land zwingt vor allem Jugendliche zur Migration, nach Asunción, nach Argentinien, in die USA, nach Spanien. Und das ist noch lange nicht das Ende: aus Soja kann nämlich auch Biosprit gemacht werden, toll in Zeiten des Klimawandels. Schätzungen des größten Sojaproduzenten des Landes zufolge, würde sich noch einmal eine Fläche wie Nordrhein-Westfalen in Paraguay „problemlos“ für den Sojaanbau eignen.

Aber wieso wird in Paraguay das Land den SojaproduzentInnen überlassen? Nun, es ist der Norden, es sind die USA und Europa, die die Sojarepublik Paraguay erst ermöglicht haben. Zunächst wurde die 34 Jahre dauernde Militärdiktatur des General Strössner von den USA unterstützt. Es war ein Krieg gegen die aufständische Landbevölkerung, die vertrieben, verhaftet, ermordet wurde. Die dadurch frei gewordenen Landflächen und auch

Staatsbesitz wurden verschertelt an Günstlinge der Diktatur in Paraguay und an GroßgrundbesitzerInnen aus dem Ausland. Nach dem Ende der Diktatur 1989 beginnt dann offiziell die neoliberale Epoche. Der Norden fördert und finanziert über die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds ausschließlich eine marktorientierte Landreform, Landumverteilungen und staatliches Engagement in der Landwirtschaft sind tabu.

„Der Zugang zu Land als Basis landwirtschaftlicher Aktivitäten wird auch dem Markt überlassen. Staat und Geberländer sollen einzig geeignete Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft schaffen, bzw. diese fördern. So werden KleinbäuerInnen und ländliche Arme – eigentliche Zielgruppe ländlicher Entwicklung – aus dem Zentrum der Entwicklungsbemühungen gedrängt“, schreibt Roman Herre von FIAN Deutschland im Bericht „Schöne neue Landwirtschaft“, einer lesenswerten Analyse verschiedener deutscher NGOs des Weltentwicklungsberichtes 2008 der Weltbank.

Kredite und Förderung gibt es nur noch, wenn die Spielregeln des Marktes eingehalten werden und sich der Staat so weit wie möglich raushält. Soll heißen: Der Markt bestimmt, wer auf dem Land eine Zukunft hat, der Markt bestimmt, wie viel für landwirtschaftliche Produkte und für Arbeit in der Landwirtschaft bezahlt wird. Ökologische und soziale Folgen, selbst die Menschenrechte geraten dabei völlig in den Hintergrund. Es geht um Preise und um Gewinn. Wenn es um das Soja geht, stimmen die Preise – in Europa und Nordamerika: Fleisch ist billig! Und es stimmt der Gewinn – für die GroßgrundbesitzerInnen und die von ihnen geschmierten PolitikerInnen. Vor allem aber für nordamerikanische und europäische Unternehmen. Für Lebensmittel- und Saatgutproduzenten wie Cargill und Monsanto, für die chemische Industrie und auch für den Bankensektor. So ist laut einer Studie für Friends of the Earth Europa die Deutsche Bank diejenige europäische Institution, die in Lateinamerika am stärksten die Herstellung von Agrotreibstoffen finanziert. Da ist es kein Wunder, dass die globalisierungskritische Bewegung der Weltbank vorwirft, nicht für eine Entwicklung des Südens, sondern in erster Linie für die Interessen des Nordens zu arbeiten.

Doch es tut sich was in Lateinamerika, auch in Paraguay. Hier hat die Regierung des neugewählten Präsidenten Fernando Lugo immerhin zaghaft damit begonnen, Land an Kleinbauernfamilien zu verteilen und versprochen, einen Wandel herbeizuführen. Linke und linksreformistische Bewegungen feiern Wahlsiege und die Kraft der sozialen Bewegungen des Kontinents ist ungebrochen. Joao Stedele von der Landlosen-Bewegung MST in Brasilien erwartet vom Norden, diese Prozesse zu unterstützen, statt sie, wie in der Vergangenheit, zu torpedieren. Für die nächsten Jahre prophezeit er: „In den nächsten vier oder fünf Jahren werden wir erleben, dass sich die Bauern überall in der dritten Welt erheben werden. Wir hoffen und erwarten, dass ihr Europäer uns nicht allein lasst. Es wird neue Führungsfiguren geben, neue Strategien, neue Mittel ... und es wird sich viel verändern! Achten sie auf Ihre Gesundheit, denn in den nächsten Jahren werden ihre Augen große Veränderungen sehen!“

Links

* Reto Sonderegger: Sojarepublik Paraguay? Konflikte um Land und Ernährungssouveränität, von Reto Sonderegger. FDCL, Berlin 2008.

<http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Sojarepublik-Paraguay-Reto-Sonderegger-FDCL.pdf>

* Radiobeitrag: Ondainfo Special: Paraguay vor dem Wandel?

<http://www.npla.de/onda/content.php?id=760>

* BASE Investigaciones Sociales: www.baseis.org.py

* LaSojaMata, Kampagnenseite gegen die Soja-Monokulturen:
www.lasojamata.org

* Forum Umwelt & Entwicklung, in Kooperation mit Brot für die Welt, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, FIAN Deutschland e.V., Germanwatch und Oxfam (Hg.): Schöne neue Landwirtschaft. Der Weltentwicklungsbericht 2008 der Weltbank. http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/publikationen/le_2007_schoeneneulandwirtschaft.pdf

* La Via Campesina (Hg.): Derechos Humanos en el Campo Latino-Americano: Brasil, Guatemala, Honduras y Paraguay.
http://viacampesina.org/main_sp/images/stories/pdf/anuario_2007.pdf (auf spanisch)

* Friends of the Earth Europa (Hg.): European financing of agrofuel production in Latin America. A research paper.
http://www.foeurope.org/agrofuels/financers_report_May08.pdf

--

PERU

Proteste gegen Hafenprivatisierung

(Venezuela, 25. März 2009, telesur-poonal).- In Peru ist es am 25. März in Paita zu Protesten und Streiks gegen die Privatisierung mehrerer Häfen des Landes gekommen. Aufgerufen hatte dazu die Gemeinde von Paita, die peruanische Gewerkschaftsföderation der ArbeiterInnen der staatseigenen Hafenbetriebe sowie die Breite Front zur Interessenverteidigung in Paita. Privatisiert werden sollen die Häfen Paita in Piura, Ilo in Moquegua und Pisco in Ica.

Gewerkschaftsgeneralsekretär Gustavo Gutiérrez beschrieb die Proteste als gerichtet gegen "die Auslieferung der Hafenverwaltung und des Hafenbetriebs an private Unternehmer". Diese Privatisierung käme nur den Privatunternehmern zugute, aber nicht den ArbeiterInnen.

Die Privatisierung der Häfen wird seit einiger Zeit intensiv im peruanischen Kongress debattiert, Transportminister Enrique Cornejo treibt sie voran. ParlamentarierInnen werfen Cornejo u.a. vor, er habe die Öffentlichkeit darüber getäuscht, dass die privaten Hafentreiber angeblich dazu verpflichtet seien, in die Hafenanlagen zu investieren. Das sei aber nicht der Fall, der entsprechende Vertrag über eine Privatisierung spreche davon nicht.

Darüber hinaus soll es weitere Ungereimtheiten im Privatisierungsvorgang geben, die derzeit, nach Aussagen von Gutiérrez, von einer Institution ähnlich dem Bundesrechnungshof geprüft werden. Trotzdem hält die Regierung an ihrem Privatisierungskurs fest.

Die HafentarbeiterInnen und andere BewohnerInnen der Region fordern hingegen nicht nur einen Stopp der Privatisierung, sondern auch öffentliche Investitionen sowie die Schaffung einer Universität in Paita. Der Bürgermeister von Paita, Alejandro Torres, zeigte sich mit den

Protesten solidarisch, eine kürzlich durchgeführte Umfrage habe gezeigt, dass 87 Prozent der BürgerInnen von Paita gegen die Privatisierung seien.

--

URUGUAY

Insektizid Fipronil zerstört Tausende von Bienenstöcken

(Berlin, 20. März 2009, poonal-púlsar).- Die Vereinigung der ImkerInnen Uruguays SAU (Sociedad Apícola del Uruguay) fordert seit Ende 2008, dass das Versprühen von Fipronil verboten werden soll. Die Substanz habe zum Tod von rund 10.000 Bienenstöcken im ganzen Land geführt. Unterstützt wird die Organisation darin vom Netzwerk gegen Pestizide und für Alternativen in Lateinamerika RAP-AL. Bereits seit dem Jahr 2004 warnt SAU vor den Auswirkungen von Fipronil und fordert, dass Studien zu den Auswirkungen dieser Substanz und anderer Insektizide auf die Umwelt durchgeführt werden sollen.

Fipronil wurde im Jahr 2004 vom Ministerium für Vieh- und Landwirtschaft sowie Fischerei als Ersatzstoff für Mirex eingeführt, ein Mittel, das gegen Ameisen wirkt. Bereits damals war der Verkauf von Fipronil in Frankreich verboten.

RAP-AL weist darauf hin, dass Fipronil nicht nur Bienen, sondern auch Fische und Vögel schädigt. Das Mittel sei generell giftig für die Gesundheit von Mensch und Tier. Zwischen 2005 und 2008 hatte sich der Verbrauch von Fipronil in Uruguay verzehnfacht.

Im vergangenen Dezember kam es dann in Uruguay zu einer Langustenplage und das Landwirtschaftsministerium empfahl nach Angaben der Koordinatorin von RAP-AL Uruguay, María Isabel Cárcamo, den Einsatz von Fipronil. "Das war ein schrecklicher Fehler, denn so wurden Tausende von Bienenstöcken im ganzen Land zerstört", so Cárcamo. Am meisten davon betroffen seien die Departements Colonia, Florida, Paysandú und Flores. Einige Zeit später, im Februar 2009, sei dann ein teilweises Versprühungsverbot für Fipronil ausgesprochen worden. Laut RAP-AL ein Fortschritt, jedoch "bei weitem nicht ausreichend".

Am 20. März forderte SAU die Entlassung von Humberto Almiratti aus dem Landwirtschaftsministerium. Er habe die Benutzung von Fipronil ermöglicht. Die Organisation warnt davor, dass Honig, Fleisch, Milch und andere Milchprodukte mit Rückständen von Fipronil belastet sein könnten. Man spiele mit einer Zeitbombe, auch das Ausland sei aufgrund von Exporten dieser Produkte betroffen.

--

 Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V. Köpenicker Straße
 187/188, 10997 Berlin, Tel.: 030/789 913 61 e-mail: poonal@npla.de,
 Internet: <http://www.npla.de>

Chefredaktion und Koordination: Eva Völpel

Übersetzungsteam: Andrea Kaden, Ania Müller, Benjamin Weber, Bettina Hoyer, Brigitta Kainz, Carolin Gehrman, Carolina Könn, Christina Klug, Claudia Hecktor, Conny Gritzner, Cornelia Derler, Fabian Klein, Grit

Petschick, Henrike Hochmuth, Ina Soetebeer, Jana Fleschenberg, Katharina Braig, Kathrin Fochtman, Katrin Aue, Kerstin Westerbeck, Kristina Vesper, Lotta Petersmann, Lui Lüdicke, Mareike Hagemann, Nicole Romana Heigl, René Cofré Baeza, Ricarda Franzen, Sebastian Henning, Sebastian Landsberger, Silvia Weber, Steffi Ulrich, Thorsten Mense, Yvonne Stolz

Redaktionsteam: Ania Müller, Bettina Hoyer, Daniel E. Mismahl, Daphne Gross, Jana Einicke, Kristina Eger, Lisa Hofmann, Mathias Hohmann, Matthias Jaenicke, Ruth Baier, Sebastian Henning, Sebastian Landsberger, Veronika Sievers, Wiebke Schüssler

Bankverbindung: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V. Berliner Volksbank,
BLZ: 100 900 00, KTO: 7196704005, BIC BEVODEBB, IBAN: DE57 1009 0000
7196 7040 05

POONAL gibt's online bei www.npla.de, sowie als E-Mail-Abo, das gegen Überweisung einer einmaligen oder regelmäßigen Spende bei uns zu bestellen ist.

Spenden an uns als gemeinnütziges Projekt sind von der Steuer absetzbar. Auf Anfrage (bei finanzen@npla.de) stellen wir gerne Bescheinigungen aus.

Für den Nachdruck von Poonal-Artikeln, egal ob online oder in Printmedien, muss man sich mit uns vorab unter poonal@npla.de in Verbindung setzen.

Der regelmäßige Nachdruck bzw. die regelmäßige Verwendung von Poonalartikeln auf anderen Internetseiten ist nur gegen ein monatliches Förderabo möglich.

Der einmalige Nachdruck eines Artikels kann gegen ein Zeilenhonorar bzw. eine einmalige Spende erfolgen. Poonalartikel dürfen nur mit vollständiger Quellenangabe abgedruckt bzw. online weiterverbreitet werden.

Poonal gehört zur Federación Latinoamericana de Periodistas FELAP.

Erstellung der Beiträge durch die POONAL-Mitgliedsagenturen:

Actualidad Colombiana (Kolumbien)

Adital (Brasilien)

Alai (Ecuador)

ALC (Argentinien)

AlterPresse (Haiti)

Amerika21.de (Darmstadt)

Anchi (Chile)

Bolpress (Bolivien)

Cerigua (Guatemala)

Cimac (Mexiko)

Comcosur/Recosur (Uruguay)

Ecupres (Argentinien)

Noticias Aliadas (Peru)

NPL (Berlin)

Prensa Latina (Kuba)

Púlsar (Argentinien)

SEMLac (Peru/Kuba)

teleSUR (Venezuela)

Voces Nuestras (Costa Rica)

poonal mailing list
poonal@listserv.npla.de
<http://listserv.npla.de/mailman/listinfo/poonal>